

(New) 49. J.uder (Fair refining Muscovades) 4,75. Kaffee (fair Rio) 9,80. Schmalz (Wilcox) 7,55, do. Fatrbank 7,75. do. Nohe u. Brothens 7,55. Speck 6 1/2. Getreidefracht 6 1/2.

Leipziger Börse, 28. Nov. (Tel.) Dresdn. 4 1/2 % Stadt-Anl. 102,25 G. Königl. Sch. 3 % Rente 84,10 G. do. 3 % Anleihe v. 1855 94,40 G. Sächsische Bank 121 G. do. 4 % Anl. große v. 1854 101,80 G. Oberlausitzer Bank 104,50 G. do. 4 % Anl. kleine v. 1854 101,80 G. Ostr. Banknoten 166,20 G. do. 3 1/2 % Landrentendr. 96,25 G. Auf.-Leih. 4 1/2 % Pr. 1868 103 G. do. 4 % Landestulrent. 102 G. Galiz. R.-L.-B. 4 1/2 % Pr. L. 82,25 G. 4 % untob. Lauf. Pfandbr. 103,25 G. London 3 Monat 20,24 G.

Deutsches Reich.

Dresden. Se. Majestät der König haben dem staatsanwaltschaftlichen Assessor Richard Robert Thiemer-Garman in Zwickau den Charakter eines Staatsanwalts beizulegen geruht.

Sicherem Vernehmen des „Bogtl. Anz.“ zufolge ist dem Oberlehrer des Königl. Realgymnasiums zu Plauen, Herrn Johannes Poland, das Amt eines Lehrers und Erziehers im Hause Sr. Königl. Hoheit des Prinzen Georg, und zwar speciell für den jüngsten Prinzen desselben, den Prinzen Albert, übertragen worden. Der Amtsantritt erfolgt nächste Ostern.

Erledigt sind: die 2. ständige Lehrerstelle in Weisbach. Kollator: das Königl. Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts. Einkommen: 840 Mark, sowie 72 Mark für Fortbildungsschulunterricht und Amtswohnung mit Garten. Gesuche sind bis zum 12. Dezember an den Königl. Bezirkschulinspektor Schulrat Raumann in Zwickau einzureichen; — die 2. ständige Lehrerstelle in Möckern bei Leipzig. Kollator: die oberste Schulbehörde. Einkommen, neben freier Wohnung und Gartengenuß, 1300 Mk. Gehalt und 108 Mark für Fortbildungsschulunterricht. Gesuche sind bis zum 15. Dezember bei dem Königl. Bezirkschulinspektor Schulrat Dr. Kühn in Leipzig einzureichen.

Berlin, 27. November. Der Kaiser empfing heute den Kriegsminister, den Chef des Militärkabinetts sowie den Vice-Präsidenten des Staatsministeriums, von Kuttlamer, zum Vortrage. Später wurde der neu ernannte Militär-Attaché bei der portugiesischen Gesandtschaft, Capitaine du Vovage, von Sr. Majestät empfangen.

Der König von Belgien hat dem Kaiser Wilhelm in einem eigenhändigen Schreiben seinen wärmsten Dank für die Anerkennung der afrikanischen Gesellschaft seitens des Deutschen Reiches ausgesprochen.

Dem hiesigen Magistrat ist auf seine an die Frau Kronprinzessin gerichtete Geburtsstags-Glückwunschkarte folgende Danfschreiben zugegangen: Ich habe den Ausdruck herzlicher Teilnahme, welchen der Magistrat von Berlin mir zu meinem Geburtsstags dargebracht hat, mit lebhaftem Danke empfangen. In den Wünschen, welche gleichzeitig der glücklichen Rückkehr meines Sohnes, des Prinzen Heinrich, und der Geburt eines dritten Enkelsohnes gedenken, erblicke ich einen neuen Beweis treuer Anhänglichkeit, welcher dem Kronprinzen, meinem Gemahl, und mir unendlich wohlgethan hat. Gern nehme ich bei dieser Gelegenheit von neuem Veranlassung, auszusprechen, wie sehr mir die fortschreitende Entwicklung der Hauptstadt und ihres großen Gemeinwesens am Herzen liegt. Victoria.

In parlamentarischen und politischen Kreisen hat es Aufmerksamkeiten erregt, daß Fürst Bismarck bei der diesjährigen Geburtsstagsfeier der Frau Kronprinzessin anwesend gewesen ist, was seit längerer Zeit nicht der Fall war; auch wird noch als besonders bemerkenswert hervorgehoben, daß die Frau Kronprinzessin bei dieser Gelegenheit eine längere Unterredung mit dem Reichskanzler gehabt hat.

Der Reichskanzler hat dem Bundesrat einen Antrag unterbreitet, wonach die Bestimmungen über die Tara bei Zollgütern folgende Ergänzungen erhalten sollen: „Beim Eingang von Mineralöl in Fässern, welche tarifmäßig einem höheren Zollsatz unterliegen als die darin enthaltene Flüssigkeit, sind die Fässer nach ihrem Eigengewicht besonders mit einem Zollsatz zu belegen, welcher der Differenz zwischen den Tariffässern für das Mineralöl und für die Fässer entspricht. Wenn es von dem Zollpflichtigen nicht vorgezogen wird, das wirkliche Gewicht der Fässer durch Verwiegung ermitteln zu lassen, wird das zollpflichtige Gewicht derselben zu 20 Prozent des der Verzollung des Ols zu Grunde zu legenden Gewichtes der Flüssigkeit und der Fässer angenommen.“

Nach den „B. P. N.“ werden die Bundesrats-Ausschüsse am nächsten Montag in die Beratung der Ausdehnung der Unfallversicherung auf die landwirtschaftlichen Arbeiter eintreten.

Den „Hamb. Nachr.“ zufolge haben die Ausschüsse des Bundesrats die Höhe der Einlagen auf ein Postsparsparatienbuch auf 500 Mark herabgesetzt; Bayern verzichtet auf die Einführung dieser Klassen.

Die Kommission der westafrikanischen Konferenz hat sich nunmehr über die Definition des Kongo-Beckens dahin schlüssig gemacht, daß man das geographische Stromgebiet als solches ansehen will, und es liegt kein Grund zu Zweifeln vor, daß die Konferenz selbst diesem Beschlusse beitrifft. Eine zweite und nicht weniger wichtige Frage ist dann die, ob man nun das Kongo-Becken und seine Verwaltung der Association internationale africaine überweisen wird. Wahrscheinlich mit Bezug hierauf wird aber der festgesetzte Begriff „Kongo-Becken“ einige Einschränkungen erleiden. Ausgenommen werden sein die Besitzungen, welche einzelne Mächte bereits erworben haben; so Frankreich das Gebiet nördlich vom Stanley-Pool, nach dem Niabi-Kwilu und dem Dgowe zu; dann die portugiesische Provinz Angola südlich vom Kongo, welche zum größten Teile im Kongogebiete liegt. Sollte die Konferenz dem von Nordamerika ausgesprochenen Grundsatze beitreten, daß auch das afrikanische Gebiet vom Kongo bis zur Zanzibarstraße dem internationalen Handel geöffnet wird, so ist es selbstverständlich, daß man hierbei ältere erworbene Rechte nicht antasten wird.

Den Festlichkeiten, welche der Afrikanischen Konferenz zu Ehren sich hier folgen, schloß sich gestern Abend ein Diner von 50 Gedecken bei dem großbritannischen General-Konsul G. v. Reichardt ab. Wie f. B. im Jahre 1878 bei Gelegenheit des Kongresses haben die Festräume in der Behrenstraße 62 eine glänzende internationale Gesellschaft vereinigt. Die Vortragsredner, Frankreichs, Englands, Österreichs und der Türkei, die deutschen Delegierten, Staatssekretär Graf Hatzfeldt und Geh. Legationsrat v. Ruffenow, die sämtlichen zur Konferenz bevollmächtigten Gesandten und Minister mit ihren Attachés und technischen Beiräten, dar-

unter natürlich auch Herr Henry M. Stanley, hatten sich eingehend. Ein Orchester begleitete die Tafelmusik nach einem an afrikanischen Anspielungen reichen Programm. Das Blumenarrangement der Tafel entwickelte nicht minder eine tropische Farbenpracht und Fülle. Endlich wurde auch mit den künstlich ausgeführten Tischarten den Gästen ebenfalls ein an die Zwecke der Konferenz in sinnigster Weise erinnerndes hübsches Erinnerungsblatt geboten.

Für den spätesten Mitte Januar, also in sechs Wochen, zu eröffnenden preussischen Landtag werden die Etatsarbeiten jetzt beschleunigt, so daß der Staatshaushaltsetat für 1885/86 dem Hause der Abgeordneten gleich nach dem Zusammentritt überwiesen werden kann. Hinsichtlich der Einbringung weiterer Vorlagen ist noch kein Beschluß gefaßt. Während einerseits versichert wird, daß der Landtag in seiner bevorstehenden letzten Session der Legislaturperiode mit tiefgreifenden Vorlagen nicht befaßt werden soll, will man andererseits wissen, daß das Schuldotations-, das Gemeindesteuer-Gesetz und die Vorlage über den Kanalbau eingebracht werden sollen.

In der Ehecheidungs-Angelegenheit des Großherzogs von Hessen und der Gräfin von Hutten-Czaparska, Frau von Kolemne, ist beim Reichsgericht in Leipzig Termin auf den 12. Dezember c. angesetzt worden.

Die „Remedur“ der hiesigen medizinischen Fakultät wegen ihres Auftretens gegen Dr. Schwemmer — deren wir nach ihrer Unklugheit durch die „Nordd. Allg. Ztg.“ bereits erwähnt — ist in der That erfolgt. Wie nämlich das „B. T.“ zuverlässig hört, hat der Kultusminister v. Goltz sich veranlaßt gesehen, dieserhalb nicht bloß der Fakultät, sondern auch dem Dekane derselben, Professor Dr. Leyden, entsprechende Vorhaltungen zu machen. Insbesondere soll er rügend hervorgehoben haben, daß die Fakultät gar nicht be-rechtigt sei, über das nichtamtliche Verhalten eines außerordentlichen Professors derartig zu Gericht zu sitzen, zumal derjelbe als solcher ihr nicht einmal angehöre. Sodann aber sei es auch nicht in der Ordnung, eine solche Beschlußfassung, wenn sie gleichwohl geschehen sei, öffentlich bekannt zu geben, sie hätte dann doch wenigstens Amtsgeheimnis der Fakultät bleiben müssen.

[Militärisches.] In artilleristischen und Marinekreisen haben die kürzlich auf dem Schießplatz des Krupp'schen Establishments in Weppen angestellten Schießversuche mit dem im Belagerungs- wie im Festungsartillerie als Bombardementgeschütz sehr verwendbaren gezogenen 24-Centimeter-Mörser großes Interesse erregt. Dieses letztere ist namentlich dem Umstande zuzuschreiben, daß das genannte Geschütz eine dem 21-Centimeter-Mörser bei weitem überlegene Perforationskraft vermöge seines größeren Kalibers aufweist und daß sein aus Gußstahl erzeugtes Rohr um 25 Centner leichter ist, als das hartbronze Rohr des 21-Centimetergeschützes. Dazu bietet es den Vorteil, leichter transportabel zu sein als jenes. Die am Geschütz befindlichen Transportvorrichtungen sind derart, daß die Lafette auf Räder gebracht und durch einen Proßjebel mit der Proße verbunden wird. Vermöge dieser Einrichtung kann der Mörser in kurzer Zeit in Aktion treten, und zwar auf größere Entfernungen als der ihm verwandte 21-Centimeter-Mörser. Die Unterlage des in einer schwebelernen Wand-lafette liegenden Mörzers bildet eine Leinwand, welche fertig zusammengesetzt, besonders transportiert werden kann. Sie wird beim Schießen in die Erde eingegraben und verpflügt. Die Projektilen sind 28 Kaliber lange, gußeiserne Granaten, 136 Kilo wiegend. Bei einer Ladung von 4,8 Kilo ergab sich eine Anfangsgeschwindigkeit von 187 Meter, bei 2,5 Kilo eine solche von 127 Meter. — Mit 5,4 Kilo Ladung und 30 Grad Elevation erzielte man bei den stattgefundenen Versuchen eine mittlere Schußweite von 3300 Meter ohne namhafte Seitenabweichung und Längenstreuung. Auch die auf nähere Entfernungen mit kleinen Ladungen und ver-schiedenen Elevationen angestellten Experimente zeigten eine befriedigende Treffsicherheit bis auf 3500 Meter. Rohr und Lafette haben bei dem Schießen einen tadellosen Zustand bewahrt. Es wird beabsichtigt, auch mit stählernen Zünderganaten und Schrapnells aus diesem Geschütz zu schießen, um die Wirkung der ersteren bei dem indirekten Schuß und der letzteren gegen lebende Ziele zu prüfen. Nach den bis jetzt mit dem 24-Centimeter-Mörser erzielten Resultaten eignet sich derselbe dem Anscheine nach vorzüglich zur Ein-schließung als Bombardementgeschütz in die Belagerungsparks und zur Aufstellung in Küstenbatterien und zur Verteidigung von Hafeneinfassungen.

In militärischen Kreisen wird es sehr bemerkt, daß der bekannte Taktiker Oberst v. Boguslawski in dem eben erschienenen zweiten Teile seiner Taktik seit 1793 eine Vergleichung der Exerzier-Reglements der verschiedenen Militärmächte anstellt, die durchaus nicht zu Gunsten des deutschen ausfällt, mit dem wir allerdings bis 1870 allen Nationen überlegen gewesen seien.

Altona, 26. November. Die Erhebung einer kom-munalen Schanksteuer ist im Schoße der Finanz-Sub-kommission im Princip beschlossen. Man hat eine Norm vorgezogen, welche der in Hamburg gebräuchlichen gleichkommt.

Braunschweig, 26. November. (Tel.) Der Abgeordnete Windthorst hat heute nachmittag bei dem hiesigen Amtsgerichte für den Herzog von Cumberland dessen Erbschaftsantritt erklärt. (Nach einem Telegramm des „Hannoverschen Kurier“ soll den Bevollmächtigten des Herzogs „nach Aufhebung der Kuratel über die Erbschaft das Ver-mögen überantwortet“ worden sein.)

Darmstadt, 27. November. (Tel.) In der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer wurde von dem Präsidenten des Finanzministeriums Weber das Budget pro 1885 bis 1888 vorgelegt. Nach demselben betragen die ordentlichen Ausgaben 17 000 000 Mk. und zeigen ein Mehr von 700 000 Mk. gegen das laufende Budget; die ordentlichen Einnahmen decken die Ausgaben. Die sich aus den neuen Steuergesetzen ergebenden Steuern sollen zur Herabsetzung der alten Steuern dienen. Das gesamte Budget schließt mit einem Re-sultat von 37 000 Mk. ab. Nach der vollständigen Begebung der für die Brückenbauten bei Mainz und bei Rostheim, für Nebenbahnen und zur Dedung der durch die Überschuldung erzeugten Nothstände be-willigten Anleihen wird die Summe der Staatsschuld 6 085 682 Mk. betragen, trotzdem mehr als eine halbe Million bei den Schulden getilgt worden ist. Die gesamte Staatsschuld wird sich auf 40 797 898 Mk., darunter nahezu 34 000 000 Mk. Eisenbahnschulden, belaufen. 5 000 000 Mark von den Anleihen sind noch nicht begeben, und 1 000 000 Mk. derselben sollen gar nicht begeben werden. Den Passiva stehen 24 222 962 Mark Aktiva und der Kapitalwert der Staatsbahnen gegenüber.

Vamberg, 26. November. Eine interessante Rechts-frage beschäftigte das hiesige Gericht und wird es noch weiter

beschäftigen. Dem „Nürnb. Corr.“ schreibt man darüber: Vor den Reichstagswahlen brachte das „Bamberger Journal“ den Aufruf des engeren Ausschusses der deutschen Volks-partei zum Beitrag für den Wahlfonds zum Ausdruck. Der Amtsanwalt am Königl. Amtsgerichte stellte deshalb Strafantrag, weil nicht gestattet sei, zu einer Geld-sammlung öffentlich und ohne Einvernehmen der Regierung aufzufordern. Die Mitglieder des Ausschusses erhielten je ein Strafmandat von 10 Mk. zugestellt, wogegen sie Ein-spruch erhoben, über welchen kürzlich verhandelt werden sollte. Rechtsanwalt Heigl, als Vertreter der Beschuldigten, gab die Erklärung ab, daß diese die Aufnahme des Aufrufs im „Bamberger Journal“ nicht veranlaßt hätten, vielmehr die Redaktion aus freiem Stills den Ausdruck des Aufrufs aus der „Frankfurter Zeitung“ für gut befunden habe. Das Ge-richt ordnete ex officio die Ergänzung des Verfahrens an und vertagte die Verhandlung.

Oesterreich.

Wien, 26. November. Die „Deutsche Zeitung“ bringt die „bestimmte“ Mitteilung, zwischen der Regierung und den feudalen Gzehenführern sei das Abkommen getroffen, daß die Krönung des Kaisers als König von Böhmen spätestens bis Sommer 1886 erfolgen soll.

In der Volkshalle des Rathhauses fand vorgestern Abend eine von mehr als zweitausend Gewerbetreibenden besuchte Versammlung statt, welche von dem Central-Wahl-komitee des Wiener Genossenschaftstages zu einer Verständigung über die bevorstehenden Handelskammerwahlen einberufen war. Mehrfach hatte sich das Gerücht verbreitet, daß von seiten der vereinigten Unken, welche bisher un-be-schränkt über die Handelskammerfrage verfügte und auch bei den bevorstehenden Wahlen ein Durchbringen der Klein-gewerbetreibenden zu verhindern strebt, Vorbereitungen getroffen seien, um die Versammlung durch ein größeres Kon-tingent der mit der Linken in Verbindung stehenden social-demokratischen Arbeiter gemäßigter Richtung sprengen zu lassen. Als nun einer der Führer der „Gemäßigten“ von der Tribüne aus den dritten allgem. österr. Gewerbetag „eine böse That“ nannte und das Central-Wahlkomitee der Klein-gewerbetreibenden als „den Fluch derselben“ bezeichnete, brach ein wahrer Sturm des Unwillens bei den Handwerkern los, und trotz der Abmahnungen des Vorsitzenden, Reichsrats-Abg. und Gemeinderates Löblich, wurde der socialdemokratische Redner gewaltsam aus dem Saale entfernt. Unter den von der Versammlung zur Kandidatur bestimmten Persönlichkeiten befinden sich der Mechaniker Schneider, der Führer der öster-reichischen Handwerkerbewegung, der Eisenwerkbesitzer Wimmer, ein Mann von entschieden konservativer Gesinnung und der mit Herrn v. Schönner eng liierte Uhrmacher Buschenhagen, welcher auf dem Gewerbetag den vielbesprochenen Antrag stellte, infolgedessen die Vertreter der liberalen Presse vom Gewerbetage ausgeschlossen wurden.

Budapest, 26. November. „Pesti Naplo“ veröffent-licht Enthüllungen über die Agitationen Strojmayers und behauptet, daß derselbe die Überführung der Leiche des Banus Tellačić veranlassen wollte, um daraus politisches Kapital für seine Partei zu schlagen, daß er die Partei Starcevic's, die von russischen Komitees über Cattaro und Ragusa Subsidien bezogen, gleichfalls materiell unterstützte, namentlich das Organ derselben „Sloboda“ subventionierte, dies jedoch jetzt eingestellt habe, infolgedessen die „Sloboda“ zu erscheinen aufhören dürfte. Die Anhänger Strojmayers und Starcevic's haben beschlossen, bei den Nachwahlen sich gegenseitig zu unterstützen. — Die hauptstädtische Re-päsentanz verhandelte heute die Frage der Oberhaus-Reform. Die Grundlage der sehr lebhaften Debatte bildete der Antrag der Rechtssektion, die Hauptstadt möge eine Pe-tition an den Reichstag richten, wonach der Oberbürger-meister von Pesth, der Präsident der Akademie der Wissen-schaften und der Rektor der hiesigen Universität von Rechts-wegen Mitglieder des Oberhauses werden. Das Municipium hat mit Majorität den ersten Teil des Antrages, der sich auf den Oberbürgermeister von Pesth bezieht, angenommen, die übrigen Teile aber fallen gelassen.

Budapest, 26. November. Der 21er Ausschuß des Abgeordnetenhauses setzte heute die Specialberatung über das Gesetz, betreffend die Reform des Oberhauses, fort. Beim 2. Abschnitt „Über den Rechtskreis und die innere Organisation des Oberhauses“ erledigte der Ausschuß § 12 bis inkl. § 16 und genehmigte bei § 12 (Über das Initiativ-recht des Oberhauses) außer den darin angeführten weitere von Szilaghy beantragte 12 Ausnahmen, die namentlich wichtige Verfassungs-, Religions- und finanzielle Angelegen-heiten betreffen.

Agram, 26. November. Bei den gestrigen Gemeinde-ratswahlen in Brlag kamen Ruhestörungen durch die Starcevicianer vor, welche die Publikation des Re-sultates, das zu Gunsten der Regierung ausfiel, verhinderten. Eine Compagnie Militär stellte die Ruhe wieder her.

Italien.

Rom, 26. Novbr. Beim Ministerpräsidenten Depretis fand gestern eine Konferenz süditalienischer Senatoren und Abgeordneten statt, denen der Rabinetschef die Absichten der Regierung bezüglich der Verbesserung der Sanitätszustände in Neapel durch Um- und Neubauten bekannt gab. Die Regierung will dazu, wie es heißt, 50 Millionen Lire von Staatswegen aufwenden und für ein von der Stadt Neapel zu dem gleichen Zwecke aufzunehmendes Anlehen von 50 Millionen die Bürgschaft übernehmen.

Frankreich.

Paris, 25. November. (R. Z.) Bei den Schlägereien in Batignolles vom letzten Sonntag wurden außer Pottery, dessen Zustand sich verschlimmert hat, und dem Florentin, dem es besser geht, noch vier Polizeibeamte, wovon der eine einen Messerstich in die Hand und die anderen Verletzungen am Kopfe erlitten, verwundet. Mehrere Arbeiter wurden ebenfalls verletzt; einer erhielt einen Säbelhieb über den Kopf. Die Regierung ist jetzt entschlossen, alles aufzu-behren, um in Zukunft derartige Vorgänge zu verhindern. Der Minister des Innern hat eine Untersuchung über die anar-chistische Partei angeordnet. In Zukunft sollen deren Führer streng überwacht und bei der geringsten Kund-gebung sofort verhaftet werden.

Die „Agence Havas“ teilt den Blättern folgende Note mit: „Der Minister des Innern übermittelte dem heu-